

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. H. und Umgebung.

Bezugspreis: Monatsabonnement R. M. 1,75 einschließlich
Trägerlohn. Erscheint täglich werktags. — Verantwortliche
Redaktion, Druck u. Verlag Kurt Lohde, Bad Homburg v. d. H.

Samstag-Post - Homburger Lokalblatt

Anzeigenpreise: Die sechsgespaltene 43 mm breite Nonpareille-
zeile kostet 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig, im Retikelleit
92 mm breit 50 Pfennig. — Die Einzelnummer 10 Pfennig.

Telefon: 707. — Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstraße 26. — Postfachkonto Frankfurt a. M. Nr. 26293.

Nr. 249.

Montag, den 24. Oktober 1927.

2. Jahrgang

Reparationsagent und Reichsfinanzen.

Ein Schreiben an den Reichsfinanzminister. — Bedenken
gegen die Besoldungsreform. — Ueber die wirtschaftliche
Lage Deutschlands.

Nachdem die Reichsregierung eine Blättermeldung über
einen Einspruch des Reparationsagenten gegen die Besol-
dungsreform dementiert hatte, stellt sich nun heraus, daß
ganz kein formeller Einspruch vorliegt, der Reparations-
agent aber in einem Schreiben an den Reichsfinanzminister
seine Meinung über die jüngsten Regierungsvorlagen geäußert
und gewisse Bedenken zum Ausdruck gebracht hat. Ueber
den Inhalt des Schreibens verläutet nach amerikanischen
Quellen:

Das Ergebnis des Reparationsagenten Gilbert nimmt
auf die Besoldungsreform Bezug. Gilbert erhebt zwar nicht
gegen eine Besoldungsreform an sich Einspruch, richtet jedoch
die Frage an das Finanzministerium, wie dieses sich die

Dekung der Mehrausgaben vorstelle.

Er weist ferner darauf hin, daß Deutschland augenblicklich
keine gute wirtschaftliche Konjunktur habe, daß diese jedoch
nur scheinbar sei, jedenfalls keine lange Dauer in sich birge.
Es wäre infolgedessen falsch, Ausgaben, die nicht im Etat vor-
gesehen seien, sich durch den Reichstag bewilligen zu lassen in
der Hoffnung, daß diese scheinbar günstige Konjunktur fort-
dauern würde, weil die

Gefahr des Rückschlages

besteht.

Weitere Angaben über den Inhalt.

Das Schreiben des Reparationsagenten Parter Gilbert
an das Reichsfinanzministerium, das sich mit den finanziellen
Auswirkungen der letzten von der Reichsregierung eingebrach-
ten Vorlagen beschäftigt, findet in sämtlichen Berliner Blät-
tern größte Beachtung.

Stresemann über die Lage.

Gegen Übernahme weiterer Lasten durch Reich. —

Neue Verhandlungen mit Polen.

Anlässlich einer Wahlkreisversammlung der Reichstags-
Wahlkreiseverbände in Pommern sprach Reichsfinanz-
minister Dr. Stresemann über die gegenwärtige all-
gemeine politische Lage.

In ausführlicher Darlegung der wirtschaftlichen
Lage betonte der Reichsminister, daß wir vom Stand-
punkt der gegenwärtigen Lage ohne Zweifel positive
Ergebnisse buchen können: Rückgang der Arbeitslosigkeit
und Zunahme der inneren Kraft. Das dürfte aber
keineswegs dazu führen,

die wirtschaftliche Gesamtlage

als gesichert anzusehen. Wir können, so erklärte Dr.
Stresemann, angesichts der gesamtdesischen Produktiv-
kraft ausländische Anleihen noch weiterhin aufnehmen,
aber zweifellos kann dies nicht eine Dauererlösung
sein.

In der ganzen Ausgabewirtschaft dürfen wir
nicht den Eindruck eines wohlhabenden Volkes er-
wecken, das wir in Wirklichkeit absolut nicht sind.
Hand in Hand mit der Besoldungsreform muß eine
weitgehende Verwaltungsreform gehen. Nach den not-
wendigen Ausgaben für Besoldungsreform und für
das Liquidationsgesetz kann daher die Über-
nahme weiterer Lasten durch das Reich bei dem Schul-
gesetz nicht in Betracht kommen.

In Bezug auf das Reichsschulgesetz er-
klärte der Minister, die Deutsche Volkspartei müsse
die freie Entwicklung aller Schularten sicher zu
stellen. Aber sie werde nicht die Hand dazu bieten,
durch Fortfall der für die Verantwortlichkeit einen
Anreiz zur Bildung neuer Schulen zu geben, sondern
sei der Meinung, daß die Umgestaltung von Schulen
nur dann zu erfolgen habe, wenn sie unter voller
Verantwortlichkeit der beteiligten Länder und Gemein-
den erfolge.

Im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Fra-
gen betonte Dr. Stresemann die Fortführung der
Handelsvertragspolitik und wies dabei auf
die Bedeutsamkeit des Handelsvertrages mit Frank-
reich hin. Auch

die Verhältnisse mit Polen

bedürften nach mehr als zweijährigen Verhandlungen
nunmehr der Regelung. Nachdem über das Nieder-
lassungsrecht eine Vereinbarung möglich erschiene,
müsse man jetzt an die Endverhandlungen über die
wirtschaftlichen Fragen denken. Ohne Zweifel würden
diese Verhandlungen schwierig sein, da beide Länder
in den für Polen in Betracht kommenden Agrarpro-
dukten und Rohprodukten selbst Produzenten seien, und

es wird betont, daß von amtlicher deutscher Seite keinerlei
Angaben über den Inhalt des Schreibens vorliegen, und daß
man lediglich aus amerikanischer Quelle etwas über die Aus-
führungen Parter Gilbert erfahren habe. Danach soll Parter
Gilbert zu der Schlussfolgerung gelangen, daß der Stand
der Reichsfinanzen die durch die Besoldungsreform,
das Kriegsschadensschulgesetz und das Reichsschulgesetz sich er-
gebende dauernde Belastung nicht vertrage. Die dadurch
bedingte Erhöhung der Reichsausgaben in den kommenden
Etatjahren mit ihren vollen Reparationszahlungen würden
Steuererhöhungen und vielleicht auch eine Gefähr-
dung der Davesesicherungen bedingen. Wie die Blätter weiter
erklären, handelt es sich nicht um einen formellen Protest
Parter Gilberts, zu dem er nur bei Vorliegen eines Defizits
berechtigt wäre.

Pressestimmen.

Der „Lokalanzeiger“ teilt mit, daß die Sorgen des Re-
parationsagenten in einer Unterredung zwischen dem Reichs-
finanzminister und Parter Gilbert besprochen worden seien.
Die „Germania“ erklärt, daß man sich dem Schritt des
Reparationsagenten gegenüber am besten so verhalten werde,
wie es einem Vertrauensverhältnis zwischen Gläubiger und
Schuldner förderlich sei.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Es ist
gerade nichts dagegen einzuwenden, wenn der Reparations-
agent die Reichsregierung um Informationen zu seiner eigenen
Orientierung bittet, und es soll ihm auch nicht verdracht wer-
den, wenn er Bedenken, die er hat, mitteilt. Durch die Ver-
öffentlichung eines derartigen Schrittes aber erhält er den
Charakter einer Einmischung in die innerdeutschen Angelegen-
heiten, und eine solche muß entschieden zurückgewiesen werden.“

Da Aussicht auf die Lage Ostpreußens geboten sei.
Bei gutem Willen werde man aber auf beiden Seiten
zu einer Verständigung kommen können.

Der „Schritt“ Parter Gilberts.

Eine amtliche Erklärung.

Zu den verschiedenen Pressemeldungen über einen
angeblichen Schritt des Generalagenten für Repara-
tionszahlungen aus Anlaß der zur Zeit dem Reichstag
unterbreiteten Gesetzesvorlagen erfahren wir folgendes:

Am Tage der zwischen dem Reichsminister der
Finanzen und dem Generalagenten für Reparations-
zahlungen seit längerem gepflogenen Er-
örterungen über die Finanz-, Kredit- und Wirt-
schaftslage in Deutschland in ihren Auswirkungen auf
den Dawesplan hat der Generalagent dem Reichs-
finanzminister eine Darlegung seiner Auffassung
über das öffentliche Finanzwesen und über die Kredit-
politik in Deutschland überreicht. Diese Darlegung
liegt den weiteren Besprechungen zwischen dem
Reichsfinanzminister und dem Generalagenten zu-
grunde, die bereits begonnen haben.

Arbeitsaufnahme am Montag.

Nachdem einmütiger Beschluß der Berg-
arbeiter.

Nachdem der Reichsarbeitsminister auf Antrag
der Bergarbeiter der Schiedsgerichtsbarkeit für den mittel-
deutschen Braunkohlenbergbau für verbindlich erklärt
hatte, hat die in Halle versammelte Bergarbeiter-
delegiertenkonferenz fast einstimmig die Wiederauf-
nahme der Arbeit am Montag beschlossen. Damit hat
der Streik der 70 000 mitteldeutschen Bergarbeiter, der
seit langem sein Ende erreicht.

In der ersten Entschließung, mit der sich die Berg-
arbeiterdelegiertenversammlung mit großer Mehrheit
für die Annahme des Schiedsgerichtes ausgesprochen, wird
die Erhöhung der Löhne um 11,54 Prozent als ein
großer Erfolg der Gewerkschaften bezeichnet. „Wenn
die Erhöhung“, so heißt es in der Entschließung,
„auch in Anbetracht des niedrigen Standes der
mitteldeutschen Braunkohlenwerke keine volle Befrie-
digung auslöst, so spricht sich die Konferenz dennoch
unter Berücksichtigung aller Umstände für die An-
nahme des Schiedsgerichtes aus und beauftragt die
Organisationsleitung, die Verbindlichkeitsklärung zu
beantragen. Mit der zwischen den Tarifparteien ge-
troffenen Vereinbarungen über Beseitigung der Kün-
digungen, Maßregelungen, Kontrollen und
Wohnungsbedingungen betreffend, erklärt sich die Kon-
ferenz einverstanden. Die Konferenz würdigt die

opfernde Tätigkeit aller Funktionäre während des
Kampfes und spricht ihnen dafür ihren Dank aus.
Sie erwartet, daß die Kameraden überall für die
Wiederaufnahme der Arbeit eintreten, wie sie für die
Niederlegung der Arbeit eingetreten sind.“

Preußentag der Demokraten.

Für die Gemeinschaftsschule und den Ein-
heitsstaat.

Am Sonnabend und Sonntag fand in Berlin der
Preußentag der Deutschen Demokratischen Partei statt.
Die Tagung wurde eingeleitet durch eine Reihe von
Sondertagungen der Sachausschüsse. Besonders brach-
tet wurden die Verhandlungen des Kulturausschusses
über die aktuelle Frage des Reichsschulgesetzes. Als
Ergebnis der regen Aussprache wurde eine Entschlie-
ßung angenommen, in der sich die Deutsche demo-
kratische Partei für die in der Verfassung als gesetz-
liche gesicherte Gemeinschaftsschule ausspricht, die die
Einheit der deutschen Kultur, die Bildungshöhe der
deutschen Schule und die Festigung der deutschen
Volksgemeinschaft am besten gewährleiste. In der
großen Kundgebung im Sitzungssaal des Preussischen
Landtags sprach der Vorsitzende der preussischen Lan-
tagsfraktion, Justizrat Falk-Röllin, über die „demo-
kratische Politik in Preußen in den letzten Jahren“. Im
Aufe der Aussprache trat der Parteivorsitzende,
Reichsminister a. D. Koch, mit großer Entschieden-
heit für den deutschen Einheitsstaat ein. Im
Zusammenhang damit wies er darauf hin, daß das
Reich nach der Verfassung verpflichtet sei, von sich
aus die Groß-Hamburg-Frage zu lösen, wenn
Preußen und Hamburg keine Einigung erlangen.

Der Auswärtige Ausschuss erneut verlagert

Wiederzusammentritt am Montag.

Berlin, 23. Oktober.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages
konnte am Samstag wegen der vorgerückten Zeit die
Besprechung des Genfer Verhandlungsergeb-
nisses, an der sich auch Reichsaussenminister Dr.
Stresemann wiederholt beteiligte, nicht zu Ende
führen. Der Ausschuss hat sich deshalb erneut verlagert
und wird die Diskussion am Montag fortsetzen.

„Der Dawesplan gefährdet!“

Neue französische Verdächtigungen gegen Deutschland.

Paris, 22. Oktober.

Die Angst vor einer Revision des Dawesplanes
ist in Frankreich groß. Unter der Überschrift „Der
Dawesplan gefährdet!“ kommt Vertinax im „Echo
de Paris“ auf das Schreiben Parter Gilberts
an die deutsche Regierung zu sprechen. Vertinax sagt,
Parter Gilbert hätte die deutsche Regierung verständigt,
daß ihre Budget-Politik auf den Ruin des
Dawesplanes ausgehe, er habe daher „die deut-
sche Regierung zur Ordnung gerufen“. Die
deutsche Regierung stelle den Grundlag auf, daß alle
Kapitalausgaben durch Anleihen und nicht durch
Steuern zu decken seien. Daher gebe es in Deutsch-
land ein gewöhnliches und ein außergewöhnliches Budget.
Die Unklarheiten in den Verhältnissen des Schatzamtes
erlaubten es dem Finanzminister, nach seinem Gutdün-
ken vorzugehen und die Überwachung des amerikani-
schen Kommissars irre zu führen. Innerpolitische Bewe-
gungen seien bei diesem Vorgehen vielleicht auch eine
Rolle spielen. Aber in der Hauptsache handele es sich
daraus, auf diese Weise alle Organisationen, die
den Revanchekrieg vorbereiteten, unterstützen
zu können. (1) Auch nach dem Berliner Korresponden-
ten des „Matin“ begünne die Finanzpolitik des Reiches
beunruhigend zu wirken und man könne daher ver-
muten, daß Parter Gilbert und mehrere bedeutende deut-
sche Finanzleute es als ihre Pflicht erachtet hätten, einen
Alarm auszusprechen.

Das Ende des Kohlenstreiks.

Die Bergarbeiter nehmen den Schiedspruch an

Berlin, 23. Oktober.

Bei der am Samstag mittags 1 Uhr stattgefundenen
Versammlung der Arbeiterdelegierten im
Vergarbeitsrat fand eine eingehende Besprechung des
durch den Reichsschlichter am Freitagabend gefällten
Schiedsgerichts statt. Bei der allgemeinen zum Ausdruck kam,
daß der Streik ein Kompromiß darstelle, das den
Interessen der Arbeitnehmer nicht ganz gerecht würde,
das aber immerhin einen bedeutamen Fortschritt

gegenüber dem bisherigen Zustand darstelle. In der an die Aussprache angeschlossenen Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs stimmten 381 Delegierte mit „Ja“, und 36 mit „Nein“, während drei Zettel unbeschrieben abgegeben wurden. Damit haben sich die Bergarbeiter für die Annahme entschieden, sodaß der letzte Entscheid nunmehr bei den Arbeitnehmern liegt.

Erste Forderung auf Kohlenpreiserhöhung.

Das Mitteldeutsche Braunkohlenyndikat und das Ostelbische Braunkohlenyndikat haben die sofortige Einberufung einer gemeinsamen Sitzung des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrates mit der Tagesordnung: „Neuregelung der Preise für den Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau“ beantragt.

Der Bergbau lehnt ab. — Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs.

Zu gleicher Zeit wie die Delegiertenversammlung der Bergarbeiter tagte in Halle auch eine Versammlung der industriellen Verbände des Braunkohlenbergbaues mit derselben Tagesordnung. In der Sitzung kam einhellig die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß der vorgeschlagene Umfang der Lohnerhöhung ohne gleichzeitige Senkung auch der Kohlenpreise eine Unmöglichkeit darstelle. Infolgedessen lehnte die Industriellenversammlung den vom Reichsschiedsrichter gefällten Schiedspruch ab. Der Reichsarbeitsminister hat nun, nachdem ihm von Arbeitnehmerseite ein diesbezüglicher Antrag vorlag, den Schiedspruch für verbindlich erklärt, worauf eine in Halle einberufene neue Konferenz der Bergarbeiterdelegierten fast einstimmig beschloß, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen.

Neues vom Tage.

Der Reichsminister der Finanzen beschäftigte sich mit dem Entwurf an gesellschaftlichen Verpflichtungen. Man war sich darüber einig, daß die Verhältnisse von Gesellschaften in Berlin einen Umfang angenommen haben, der sich mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen nicht mehr verträgt. Man ist deshalb auch im Kabinett der Ansicht, daß man Einrichtungen zu derartigen Verhältnissen nur noch in beschränktem Umfang ergreifen kann.

Mit dem 1. November scheiden aus dem Heeresdienst aus: der General der Artillerie Meiborn, Inspektor der Artillerie; Generalleutnant Ritter v. Paad, Chef des Wehramtes im Reichswehrministerium; Generalleutnant Wehll vom Stab des Gruppenkommandos I.

Nach einer Vorlage des Berliner Magistrats soll in Berlin eine Bauausstellung in großem Maßstabe geschaffen werden, die dauernd geöffnet bleibt und jährlich durch Erweiterungen und Nebenausstellungen ergänzt werden soll.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie erklärt eine Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsverhandlungen für wünschenswert und stimmt der Anregung, zur Unterstützung der amtlichen Verhandlungen mit polnischen Wirtschaftsvertretern zusammenzukommen, zu. Der Termin hierfür ist auf den 6. Dezember 1927 festgelegt worden.

Die Zahl der offiziell unterstellten Erwerbslosen beträgt in ganz Frankreich 9705 gegenüber 10 549 in der Vorwoche, von denen auf Paris 4586 entfallen gegenüber 5001 in der Vorwoche.

In Rueschingen, Wilhelmshafen und Bodhorn sind ungefähr 50 Personen an Paratyphus erkrankt. Es handelt sich in allen Fällen um leichte Erkrankungen.

Das albanische Kabinett hat demissioniert. Die Demission soll auf Meinungsverschiedenheiten auf dem Verwaltungsgebiet zurückzuführen sein. Die Minister werden im Amt verbleiben bis zur Bildung eines neuen Kabinetts.

Wie aus Tokio berichtet wird, kündigt man dort an, daß der neue russische Botschafter in Tokio Bubchess, nicht aber Rasowski, sein werde.

Nach der ersten Lesung.

Die erste Lesung der Besoldungsvorlage im Reichstage ist vorüber. Sie war kurz und schmerzlos. Allerdings nur dadurch, daß man — wie das bei der ersten Lesung wichtiger Vorlagen meist geschieht — um die Schwierigkeiten zunächst einmal herumging. Der Reichsfinanzminister beschränkte sich darauf, zu der umstrittenen Frage des Ländervermögens auf andere Verteilung des Einkommensteuervertrages einfach zu erklären, daß die Reichsregierung für eine Verringerung des Finanzausgleiches nicht zu haben sei. Und auch die Sprecher der Regierungsparteien äußerten sich über diesen Punkt sehr zurückhaltend. Das gilt insbesondere für den Redner der Bayerischen Volkspartei, den Abg. Leichter. Man weiß, daß sich diese Partei am energischsten der von Bayern ausgehenden — Abänderungsanträge der Länder angenommen hat. Aber bei der ersten Lesung gab der Abgeordnete Leichter nur eine sehr vorsichtig formulierte Präzisionsklärung ab, die den Differenzpunkt nicht berührte, sondern nur durch die Wendung andeutete: „Vor allem aber muß auch im Auge behalten werden, daß die Regelung der Besoldungsverhältnisse der Reichsbeamten naturgemäß eine Rückwirkung auf die Besoldung der Beamten in den Ländern und Gemeinden ausübt. Die Prüfung der Deckungsfrage wird sich daher auf alle diese Gebiete zu erstrecken haben.“ Auch der Schluß der Erklärung klingt sehr vernehmlich an: „Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Beratungen des Ausschusses eine befriedigende Lösung aller einschlägigen Fragen erzielen werden.“ Sehr scharf gegen den Reichsfinanzminister wendet sich indessen das parteiamtliche Presseorgan der Bayerischen Volkspartei, die „Bayerische Volks-Zeitung“. Sie schreibt u. a., die Rede Dr. Köhlers lasse bedauerlicherweise die erhoffte Rücksicht auf die finanziellen Schwierigkeiten vermissen, in welche die Länder durch die Besoldungsvorlage des Reiches gebracht wurden. Zwischen den länderfreundlichen Bekannten Dr. Köhlers und dem unhaltbaren Standpunkt, den er in der Deckungsfrage jetzt den Ländern gegenüber einnahm, lasse ein Abgrund. Seine Rede im Reichstage sei die Rede eines Ministers, der sich verfahren habe. Es klinge wie ein Hohn den Ländern gegenüber, wenn der Reichsfinanzminister erkläre, oberster Gesichtspunkt bei der Besoldungserhöhung müsse die Rücksicht auf die Ordnung der Reichsfinanzen sein. Den

Grundgedanken, den Dr. Köhler in Bezug auf die Länder proklamieren, verleihe er in größtmöglicher Weise in Bezug auf die Länderfinanzen. Er zwingt durch sein Vorgehen die Länder zu einer Defizitwirtschaft. Man könne auch nicht gut denken, daß Dr. Köhler der Meinung sei, es brauche in Bezug auf eine Verringerung des Finanzausgleiches überhaupt nichts zu geschehen. Eine solche Auffassung hieße soviel wie eine Krise provoizieren.

Soweit die genannte Korrespondenz. In den Verhandlungen des Haushaltsausschusses, an den die Besoldungsvorlage jetzt überwiegen worden ist, wird man Gelegenheit haben, über diese Fragen ausgiebig zu diskutieren, da ja zwei Gesichtspunkte vorliegen: einer in der ursprünglichen

Fassung der Reichsregierung und ein zweiter, der die bayerischen Wünsche nach den Beschlüssen des Reichstages berücksichtigt. Ob man zu irgendeiner Kompromißformel kommt, läßt sich heute noch ebenso wenig sagen, wie sich das Schicksal des Schulgesetzes übersehen läßt, mit dessen Beratung der Bildungsausschuß des Reichstages inzwischen begonnen hat. Daß sich nunmehr auch noch der Reparationsagent in die Angelegenheit der Deckungsfrage der Besoldungserhöhung wie der übrigen Regierungsvorlagen aus der jüngsten Zeit eingemischt hat, trägt natürlich auch nicht gerade zur Erleichterung der ganzen Situation bei. Der Schritt des Herrn Pariser Gilbert ist im übrigen geeignet, uns wieder einmal zum Bewußtsein zu bringen, wie wenig wir unter der Last des Versailler Vertrages und des Dawes-Abkommens noch Herr in eigenen Hause sind. Es ist vielleicht ganz gut, daß wir daran erinnert werden: weite Kreise unseres Volkes denken sonst überhört nicht mehr an diese unangenehme Tatsache!

Politische Tageschau.

— **Voderung.** Wohnungszwangswirtschaft in Preußen. Der preussische Minister für Volkswirtschaft hat über die Voderung der Wohnungszwangswirtschaft eine dritte Verordnung erlassen, in der bestimmt wird, daß in den Gemeinden ohne Wohnungsmangel mit wenigen Ausnahmen die Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes nebst den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen keine Anwendung finden. Die Aufsichtsbehörden können jedoch anordnen, daß in einzelnen Gemeinden ohne Wohnungsmangel die Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes Anwendung finden.

— **Im Hauptauschuß des Preussischen Landtages** schloß die Erörterung über die Umverteilung ab. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach das Staatsministerium ersucht wird, zur Behebung der Schäden und zur Linderung der Not dafür Sorge zu tragen, daß ausreichende Mittel bereitgestellt und schnellstmöglich beihilfen gewährt werden, wobei die mittleren und kleineren Besitzer in erster Linie zu berücksichtigen sind. In allen Fällen, in denen bisher Landwirte begründeterweise mit Staatssteuern im Rückstand geblieben sind, diese niedergeschlagen werden, die staatliche Grundvermögenssteuer gestundet und in Fällen dringender Not ganz oder teilweise niedergeschlagen wird, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß Niederschlagungen und Stundungen von Reichssteuern in gleichem Maße erfolgen, die zurückgeforderten Kredite weiter auf ein Jahr gestundet werden. Bei Pachtland soll ein Erlass oder eine entsprechende Ermäßigung des Pachtbetrages gewährt werden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 22. Okt.

Ohne Aussprache nimmt das Haus zunächst in allen drei Lesungen an: Ein Gesetz über Münzbesitz und Wertpapiere, die nicht auf Reichsmark, sondern auf Goldmark ufw. lauten, ferner das internationale Übereinkommen über Krankenversicherung und eine Novelle zum Gesetz über die Beschäftigung von Frauen vor und nach der Niederkunft, die die Aufsicht über die Ausführung des Gesetzes regeln.

Darauf wird die erste Lesung der Novelle zum

Versorgungsgesetz

(Erhöhung der Kriegsbeschädigtenbezüge) fortgesetzt. Abg. Weber-Düsseldorf (Komm.) begründet einen Antrag, der wesentlich höhere Renten vorsieht als die Vorlage.

Abg. Dietrich-Franken (Nat.-Soz.) bezeichnet den kommunistischen Antrag als ein Agitationsmittel ohne jeden Wert für die Kriegsgesellschaft.

Damit schließt die Aussprache. — Die Vorlage wird dem Ausschuss für Kriegsbeschädigtenfragen überwiesen. Es folgen die Interpellationen und Anträge zum

mitteldeutschen Bergarbeiterstreik.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erinnert daran, daß gestern der Schiedspruch gefällt worden sei und fügt hinzu: Ich erwarte noch in den nächsten Stunden die Mitteilung der beiden Parteien über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs. Falls nicht beide Parteien ihn annehmen, werde ich noch heute über die Frage der Verbindlichkeitsklärung entscheiden. Aus der Tatsache, daß sich beide streikenden Parteien über die Einzelheiten einer eventuellen Wiederaufnahme der Arbeit am Montag vollkommen geeinigt haben, darf man wohl den Schluß ziehen, daß auf beiden Seiten der Wunsch und die Hoffnung auf Arbeitsaufnahme am Montag besteht.

Abg. Dr. Scholz (DVP.) beantragt, bei dieser Sachlage die Interpellationen und Anträge von der Tagesordnung abzuheben.

Abg. Roenen (Komm.) protestiert gegen eine Abhebung von der Tagesordnung.

Abg. Wels (S.) bedauert den Antrag der Regierungsparteien.

Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) wendet sich scharf gegen den Antrag Scholz.

Nachdem noch die Abg. v. Graefe (DVP.) und Urban (linker Komm.) gegen den Antrag Scholz gesprochen haben, wird dieser Antrag unter Zustimmung der Kommunisten gegen Sozialdemokraten, Völkische und Nationalsozialisten angenommen.

Die Anträge und Interpellationen sind damit von der Tagesordnung abgesetzt.

Auf der Tagesordnung stehen noch die erste Beratung einer Abrede zwischen der deutschen Regierung und der Regierungskommission des Saargebiets über Angelegenheiten der

Sozialversicherung des Saargebiets.

Die Vorlage wird in erster und zweiter Beratung angenommen.

Der dritten Beratung wird von dem Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) widersprochen. Dieser Widerspruch, durch den die Annahme der Vorlage vor der vierwöchigen Sitzungspause unmöglich gemacht wird, gibt Anlaß zu Entrüstungsausdrücken verschiedener Abgeordneter.

Präsident Ebb: Mir wird soeben von einem Regierungstreter mitgeteilt, daß die Sozialrentner des Saargebiets bis zum Januar auf die Erhöhung ihrer Bezüge warten müßten, wenn die

Vorlage heute nicht angenommen wird. Ich weiß nicht, Herr Abg. Stöhr, ob Sie es verantworten können, durch Aufrechterhaltung Ihres Widerspruches diese Wirkung für die notleidenden Sozialrentner zu erzielen.

Abg. Stöhr: Sie können ja am Montag die dritte Beratung vornehmen. Ich halte meinen Widerspruch aufrecht (Entrüstungsausdrücke).

Präsident Ebb: Gegen diesen Widerspruch können wir die Vorlage nicht annehmen. Ich muß aber bekennen, es ist in der Geschichte dieses Hauses noch nicht vorgekommen, daß jemand ohne jeden Grund die Verabschiedung einer Vorlage vereitelt, die für viele tausend Sozialrentner von so großer Bedeutung ist. Ohne jeden Grund, denn alles, was ein Abgeordneter sagen und erreichen will, kann er heute noch in der dritten Lesung erreichen. Wir haben vollkommen Zeit dazu. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Koch-Weser (Dem.): Ich will nur feststellen, daß die überaus große Mehrheit des Hauses es als einen unerhörten Mißbrauch der Rechte einer kleinen Minderheit ansieht, wenn das Recht zum Einspruch dazu benutzt wird, die Interessen der Bevölkerung zu schädigen. Wir verurteilen dieses Vorgehen auf das schärfste.

Abg. Reich (Bayer. Dpt.) betont, es sei ein Trauerspiel, das von einer verschwindend kleinen Minderheit des Reichstages hier aufgeführt werde. Den Schaden hätten die armen Saarleute zu tragen.

Abg. Dr. Rahl (D. Dp.) verweist auf eine Bestimmung, wonach in außergewöhnlichen Fällen der Reichstag von der Geschäftsordnung abweichen könne.

Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) hält unter großer Erregung des Hauses trotzdem an seinem Widerspruch fest.

Auch gegen den Vorschlag des Abg. Rahl erheben die Nationalsozialisten Einspruch. Damit ist diese Angelegenheit erledigt, die dritte Lesung kann nicht erfolgen.

Das Haus vertagt sich. Der Präsident schlägt vor, die nächste Vollversammlung am 22. November abzuhalten. Die Völkischen, Kommunisten, Nationalsozialisten und Sozialdemokraten beantragen, die nächste Sitzung am nächsten Montag abzuhalten. Dieser Antrag wird nach lebhafter Geschäftsordnungsdebatte abgelehnt.

Zum Schluß der Sitzung macht der Präsident noch Mitteilung von dem plötzlichen Ableben des Abg. Wormit (Dnat.), der in Ostpreußen gewählt war.

Schluß 14½ Uhr.

Der weitere Arbeitsplan.

Nach seinem Wiederzusammentritt am 22. November wird der Reichstag bis zum 20. Dezember ohne Unterbrechung tagen. In dem Tagungsabschnitt vom 22. November bis 20. Dezember soll auch die erste Lesung des Etats für 1928 erledigt werden.

Das Schulgesetz im Bildungsausschuß.

Der Bildungsausschuß des Reichstages befaßt sich mit der geschäftlichen Behandlung des Reichsschulgesetzes. Auf Vorschlag des Vorsitzenden, Abg. Dr. Mumm (Dntf.), wurde zum Berichterstatter Abg. Dr. Rheinländer (Frp.) gewählt. Sozialdemokraten und Kommunisten enthielten sich dabei der Stimme, nachdem ein sozialdemokratischer Antrag, den Abg. Dietrich-Thüringen (Soz.) zum Berichterstatter zu wählen, abgelehnt worden war.

Der Ausschuss will die Vorlage so fördern, daß die zweite Beratung im Plenum möglichst noch vor Weihnachten erfolgen kann.

Locales und Allgemeines.

Wetterbericht vom 23. Oktober.

Ein Randwirbel der neuen spanischen Zykone hat England erreicht. Ein breites Regengebiet überdeckt England und ganz Westfrankreich und wird auch unser Gebiet streifen. Unsere Witterung in den nächsten Tagen wird voraussichtlich allgemein unter dem Einflusse dieser neuen Zykone stehen.

Voraussetzliche Witterung bis Montag: Mildes, trübes und meist regnerisches Wetter, zeitweise auffrischende westliche und südliche Winde.

— **Zahlung der Versorgungsrenten.** Entgegen der sonst üblichen Zahlung der Versorgungsrenten am 29. ds. Mts. für den kommenden Monat sind, wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mitteilt, die für Monat November fälligen Renten nach dem Reichsversorgungsgesetz, dem Altrentnengesetz und dem Kriegspersonalengesetz (einschließlich der Vorschusszahlung auf die zu erwartende Rentenerhöhung für Oktober und November 1927) ausnahmsweise schon am 27. Oktober an zu zahlen.

— **Sonntagsradsfahrarten an Allerheiligen.** Sonntagsradsfahrarten werden an Allerheiligen (1. November) in den Reichsbahndirektionsbezirken Köln, Trier, Mainz, Frankfurt a. M., Karlsruhe, Stuttgart und Ludwigshafen und im Eisenbahndirektionsbezirk Saarbrücken ausgesetzt. Sie gelten im Bereiche der Deutschen Reichsbahngesellschaft zur Hinfahrt am Montag, den 31. Oktober von mittags 12 Uhr an — zu einzelnen durch Schalterausgaben bekanntgegebenen Zügen (von ab 11 Uhr — sowie an Allerheiligen, Dienstag, den 1. November. Zur Rückfahrt sind diese Sonntagsradsfahrarten gültig an Allerheiligen, außerdem am Mittwoch, den 2. November, am letzten Tage jedoch mit der Einschränkung, daß die Rückfahrt auf der Zielstation der Sonntagsradsfahrarten spätestens um 9 Uhr von Unterwegsstationen spätestens mit dem Zuge angetreten werden muß, der die Zielstation um 9 Uhr verläßt. Die Rückfahrt ist nach 9 Uhr ohne Fahrtunterbrechung zurückzulegen. Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die am Samstag, den 29. Oktober und Sonntag, den 30. Oktober gelösten Sonntagsradsfahrarten nicht über Allerheiligen gelten. Mit den an diesen Tagen gelösten Sonntagsradsfahrarten muß die Rückfahrt am Montag, den 31. Oktober spätestens mit dem Zuge angetreten werden, der die Zielstation der Sonntagsradsfahrarten um 9 Uhr verläßt. Für den Zugverkehr gilt Allerheiligen nicht als Feiertag, d. h. an diesem Tage verkehren die im Fahrplan mit „S“ (an Sonn- und Feiertagen) gekennzeichneten Züge nicht.

— **Eht Apfel.** Die Obsternte ist vorüber. Ueberall gibt es jetzt schönes und wohlfeiles Obst, vor allem auch billige und schmackhafte Äpfel. Das sollte man sich in allen Volkstreffs gebührend zu Ruhe machen. Der Apfelgenuss, besonders unmittelbar vor dem Schlafengehen, ist ein bewährtes Mittel zur Förderung der Gesundheit. Der Apfel liefert nicht nur eine gute Nahrung, er ist zugleich ein hervorragendes diätetisches Mittel. Er enthält nicht Phosphorsäure in leicht verdaulicher Verbindung als auch ein anderes pflanzliches Erzeugnis der Erde. Sein

manuf., welches unmittelbar vor dem Schlafengehen, wirkt vorteilhaft auf das Gehirn, regt die Leber an, fördert einen ruhigen Schlaf, desinfiziert die Mundhöhle, bindet die überschüssigen Säuren des Magens und fördert die Tätigkeit der Nieren.

Dienstzeitanrechnung für Schwerkriegsbeschädigte.
Vom Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener wird uns geschrieben: Es dürfte heute schon in weiten Kreisen bekannt sein, daß für die bei den Verbänden tätigen Schwerkriegsbeschädigten sich schwere Härten gerade in der Anrechnung der Militär- und Angestellten-dienstzeiten auf das Besoldungsdienstalter ergeben haben, deren Behebung eine der vornehmsten Pflichten des Staates sein müßte. Der Herr Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat auch in seiner Rede am 11. September 1927 in Magdeburg erklärt, daß eine Verbesserung der Anrechnungsverhältnisse für die Schwerkriegsbeschädigten im neuen Besoldungsge-setze geplant sei. Um so größer ist deshalb die Enttäuschung, daß in dem Regierungsentwurfe keinerlei Berücksichtigung der Schwerkriegsbeschädigten stattgefunden hat und diese Gruppe, welche doch alles dem Vaterlande geopfert hat, vollständig übergegangen wurde. Unser Verband, welcher diese Anrechnungsangelegenheit schon seit Jahren tatkräftig bearbeitet, wird deshalb alles versuchen, daß anlässlich der kommenden Beratung wenigstens im Reichstage den Schwerkriegs-beschädigten und deren schwerbedrängten Angehörigen ein Verständnis entgegengebracht und eine günstige Regelung der Anrechnungsfrage erreicht wird.

Müllerabend des Kindergartens „Sonnen-schein“.

Herr Dekan erwähnte sehr richtig, daß es ihm fern liege, gegen die Wiesbadener Schwestern zu arbeiten, zumal er sie selbst in jeder Hinsicht unterstützte. Es wäre unchristlich, den Marburger Schwestern die Arbeit aus den Händen zu reißen und wäre es durchaus kein Fehler, wenn außer den Wiesbadener auch die Marburger Schwestern tätig wären. Was den Krankenbeitrag von 1 Mk. monatlich anbetrifft, so ist dieser wirklich nicht unbescheiden, zumal bei Minderbemittelten, trotzdem sie auf das wenige Geld angewiesen sind, auch ohne den Beitrag mit der gleichen Liebe den Krankendienst leisten. Die Wiesbadener Stadtschwestern haben es allerdings leichter, da für ihren Unterhalt gesorgt wird.

Alle Müller stimmten der Rede des Herrn Dekan zu. Frau Schütz als Vorsitzende des Kindergartens sprach ebenfalls aus dem Herzen aller Müller und erklärte, daß es die größte Undankbarkeit gegen die Schwestern wäre, ihre segensreiche Tätigkeit so zu lohnen und sie ohne Grund abzuschneiden.

Alle Müller betonten, daß sie ihre Kinder nur in den Kindergarten weilschicken würden, wenn die Marburger Schwestern an denen die Kinder mit großer Liebe hängen, die Leitung weiter behalten.

Herr Pfarrer Wenzel suchte mit Ruhe die aufgeregten Müller durch eine Ansprache zu beruhigen und bat, sich bis zum Entscheld zur nächsten Sitzung all s reichlich zu überlegen.

Die Müller beharren alle einstimmig auf die Marburger Schwestern und können es nicht verzeihen, daß ohne ihr Wissen Wiesbadener Schwestern ins Amt gesetzt werden sollen. Die letzte Entscheidung ist in einer am Montagabend stattfindenden Sitzung, die vom Vorstand der Kinderbewahranstalt einberufen ist (um diese Räume handelt es sich). Die St. dt. der Kirchenvorstand und der Vorstand des Kindergartens Sonnen-scheins wird an der Sitzung teilnehmen. Um 10.30 schloß Frau Bürgermeister Dr. Eberlein die Sitzung. Die Müller verließen den Saal vom dem Gedanken, es sei, daß die Marburger Schwestern die Leitung übernehmen.

Große öffentliche Versammlung der Deutschen Friedensgesellschaft. Am kommenden Sonntag den 27. 10. 27. abends 8 Uhr veranstaltet die Deutsche Friedensgesellschaft im Gasthaus zur neuen Brücke (Kappus) eine öffentliche Versammlung, in der der bekannte und beste Volksredner der Deutschen Friedensbewegung Herr Heinrich Vierbücher, Berlin, über die Frage spricht: „Krieg in Sicht? — Was können wir tun?“. Welche Volkskreise des Deutschen Volkes leben dahin in der Sorglosigkeit und in dem Glauben, der europäische Frieden sei gesichert, Herr Vierbücher wird auf die gefährlichen politischen Spannungen hinweisen, die in jedem Augenblick wieder zur Katastrophe führen können, wenn nicht sofort bei allen Völkern und insbesondere im Deutschen Volke alle Kräfte zur Bekämpfung des Krieges mobilisiert werden. Der Völkerbund ist leider noch nicht in der Lage, einen Krieg zu verhindern, insbesondere dann nicht, wenn Großmächte in Konflikt geraten. In Europa besteht die akute Gefahr des englisch-russischen Gegensatzes. Auf dem Balkan gährt es. Italien versucht auf dem Balkan diese verhängnisvolle Politik zu irreführen, wie Österreich vor 1914. In Deutschland sind starke Kräfte im Gange, um aufzuräumen und die moralische Abrüstung der Geister zu verhindern. Systematisch wird vor allen Dingen im Norden Deutschlands das Volk gegen den neuen „Erbfeind Polen“ aufgereizt. Wenn nicht im letzten Augenblicke die Völker und das deutsche Volk selbst in seinen Massen den festen Willen zur Ablehnung des Krieges offen an den Tag legen, werden wir, ehe wir uns umsehen, in eine neue Katastrophe hineingetrieben. Herr Vierbücher wird zeigen, welche Mittel das Volk ergreifen muß, um den kommenden Krieg zu verhindern. Diese Friedensarbeit ist so wichtig, daß sie gegenüber allen anderen Bewegungen im Vordergrund stehen muß. Die Deutsche Friedensgesellschaft ladet die gesamte Bevölkerung, Frauen und Männer zu dem Vortrag ein. In der Diskussion ist Möglichkeit zur freien Aussprache gegeben.

Deutsche Propaganda-Gesellschaft Berlin W. 62. Die Stadloerwaltung Friedberg teilt mit, daß in der die Deutsche Propaganda-Gesellschaft Berlin W. 62, Luthersstraße 50 betreffenden Angelegenheit der Amtsgerichtspräsident des Amtsgerichts Berlin-Mitte in einer Sache u. a. den folgenden Bescheid gegeben hat: „In der Sache gegen hat, wie ich aus den Akten ersehe, der Richter der Abteilung 42 den Verhand-

lungstermin aufgehoben und schriftliches Verfahren an-geordnet, wozu er gemäß § 20. der Bekanntmachung zur Entlassung der Gerichte vom 13. Mai 1924 — Reichsgesetzblatt Seite 552 ff. — berechtigt ist, da der Streitwert den Betrag von 50.— RM. nicht übersteigt. In den Fällen, in denen das Gericht eine derartige Anordnung nicht von Amtswegen trifft, wird es sich empfehlen, daß die Beklagten gleichzeitig mit dem gegen einen Zahlungsbefehl eingereichten Widerspruch oder einen gegen einen Vollstreckungsbefehl erhobenen Einspruch oder sonst nach Anberaumung eines Verhandlungs-termins schriftlich den Antrag stellen, von einer Termin-anberaumung abzusehen und im schriftlichen Verfahren zu entscheiden, indem sie sich auf die Mitteilung des Oberstaatsanwaltes bei dem Landgericht 2 vom 1. August 1927 sowie darauf beziehen, daß ihre Verhältnisse ihnen weder eine Reise nach Berlin noch die Annahme eines Prozeßbevollmächtigten gestatten.“

Verband evangelisch-kirchlicher Frauen-vereine. Der Verband evangelisch-kirchlicher Frauen-vereine hielt in den Tagen des 16.—20. Oktober in Darmstadt seine Hauptversammlung ab. Die Tagung begann am Dienstag mit einem Begrüßungsabend. Die Verhandlungen am Mittwoch wurden von Prälat Dr. Diehl mit einer Ansprache eröffnet; dann wird die Besprechung internen Angelegenheiten gewidmet, ebenso die Verhandlungen am Donnerstag vormittag. Nachmittags fand eine außerordentlich stark besuchte öffentliche Versammlung statt, in der Oberkirchenrat Jenzgraf einen Vortrag über „Kirchliches Amt und Frauenvereine“ hielt.

Evangelisationsvorträge. Das Thema des heutigen Vortrages lautet: „Vergeßliches Suchen.“ Redner ist H. Neumann, Hamborn, im Saale Elisabethenstraße 19a.

Deutsche Demokratische Partei. Der Ortsverein Bad Homburg hält heute, Montag, den 24. Oktober seine Monatsversammlung im „Taurus“ ab. Anfang 8.30 Uhr abends. Um zahlreiches Erscheinen des Parteimitglieds wird gebeten.

Fußball. (Arbeiter-Turn- und Sportverein Bad Homburg-Kirdorf I. — Oberstedten I. 2:2, 0:1). Mannschaftsaussstellung von Homburg:

Göller
Nowack Dümcke
Brendel Gg. Saldi Henkel
Giding Schnarr Halfer Schnurr Barthelmes

Um 3 Uhr trafen sich die beiden obengenannten Vereine auf dem Egerzlerplatz in Oberstedten. Sofort entwickelte sich ein sehr tolles Spiel. Oberstedten konnte in den ersten 30 Minuten durch einen Straßstoß in Führung gehen. Hierauf bis zur Halbzeit Mittelfeld-spiel, nach Seitenwechsel nahm Homburg-Kirdorf einige Umstellungen vor, an dem der rechte Läufer fehlt, der ha breche aufrückte, was sich dann sehr bemerkbar machte. In den ersten fünfzehn Min. gelang es dem Halbrechten durch eine Vorlage vom Mittelfeld zu einem Durchbruch, wo er durch einen Fernschuß von 30 Meter das erste Tor für seine Farben buchen konnte. Durch Zusammenfinden der Mannschaft gelang es dem Halbrechten wieder in den nächsten 10 Minuten das zweite Tor zu buchen. Hierauf zeitweise Mittelfeldspiel bis zu einem Elfmeter für Oberstedten, der aber vom Gäßelortwarl gut abgewehrt wurde. Das Resultat blieb bestehen bis eine Minute vor Schluß, wo Oberstedten durch einen Straßstoß das zweite Tor erzielen konnte, womit das Spiel 2:2 endete. Der Schiedsrichter leitete korrekt.

Im Vortragsabend des Vereins für das Deutschstum im Ausland, am 11. November im Kur-hause, wird das Thema der Dichterin Maria Kahle lauten: „Vom Kampf und deutscher Treue im Vallen-land“

Oberurseler Korb. Gellern hat die Chaussee Homburg—Oberursel das Bild einer wahren Völker-wanderung. In großen Mengen strömen die Einwohner Homburgs nach Oberursel um am dortigen Volksfest der „Orscheler Korb“ teilzunehmen. Ein Fußgänger zählte auf seinem Wege nach Oberursel „63“ Autos. Dadurch war es für die Fußgänger auch wirklich nicht leicht, die Straße zu passieren. Die Unzulänglichkeit dieser Straße macht sich immer mehr bemerkbar. In Ober-ursel selbst ist Großbetrieb. In den Straßen, Plätzen und Lokalen herrscht ein Gedränge, das hervorgerufen durch das schöne Herbstwetter, mitunter bedrückende Formen annahm. Der „Umsatz“ dürfte für Buden- und Karussellbesitzer gut sein. In den verschiedenen Lokalen war Hochbetrieb, ebenso in den Sälen. Der Pendelverkehr hatte bis in die Nacht hinein zu tun, um die Menschenmengen zurückzubefördern.

Köppern. Die Instandsetzungsarbeiten im Orts-bering Köppern der Landstraße Bad Homburg—Fried-berg, sind beendet und die mit dem 10. August d. Js. angeordnete Straßenperre wird aufgehoben.

Δ Höchst a. M. (Die Neueinteilung des Krei-les Höchst.) In Kellheim fand eine von der Zentrum-partei einberufene Volksversammlung statt, die folgende Entschiedenheit faßte: „Die Zentrumspartei der Gemeinde Kell-heim ist einstimmig der Auffassung, daß bei der neuen politi-schen Kreiseinteilung die Gemeinde Kellheim nur zu einem lebensfähigen Kreise Höchst, Sitz Höchst, zugeteilt wird, weil nur auf diese Weise die wirtschaftlichen, verkehrstechnischen und kulturellen Belange der Gemeinde gewahrt werden können. Eine politische Abgrenzung gegen das Wirtschaftsgebiet Frank-furt-Höchst, in das die Gemeinde aufs engste verflochten ist, darf unter keinen Umständen erfolgen.“

Δ Bad Schwalbach. (Von einem Steinblock erschlagen.) Auf der Schiefergrube „Kofst“ bei Nautoth wurde von einem plötzlich niedergehenden 50 Zentner schweren Steinblock der Arbeiter David Geißlinger aus Griebentoth erschlagen. In stundenlangem Arbeit mußte der Steinblock erst zerklüftet werden, um die bis zur Unkenntlich-keit entstellte Leiche zu bergen.

Δ Haiger. (Der tausendjährige Lufzmarkt.) Stadloerwaltung und Verkehrsverein von Haiger haben den bald tausendjährigen Lufzmarkt erstmals nach der Friedenzeit

im alten Stanz wieder aufleben lassen, und so wurde die Stadt Haiger zum Mittelpunkt eines gewöhnlich angelegten Verkehrs, der bei starkem Besuch einen glänzenden Ver-lauf nahm. Handel und Gewerbe der Stadt Haiger beteiligten sich in ausgiebigem Maße an einer gut besuchten Ausstellung, die bereichendes Zeugnis ablegte von dem vorwärtsstrebenden Geiste, den Haigers Wirtschaft befeuert. Verbunden mit dem Lufzmarkt ist eine gutausgestattete Obst- und Gemüseaus-stellung sowie eine Tierchau, die von etwa 300 Stück Groß-tieren besetzt war.

Δ Riedrich. (Paratyphus.) Bei verschiedenen Fa-milien der hiesigen Gemeinde sind Fälle von Paratyphus auf-getreten. Die Behörde hat umfassende Vorsichtsmaßregeln ergriffen.

Δ Oppenheim. (Das Kreisamt Oppenheim gegen die Autoputgeschichten.) Nachdem sich bereits in der vergangenen Woche die Polizeiverwaltung Bingen energisch gegen die wiederholten Meldungen, in denen von einem mysteriösen Auto und dessen angeblichen Schand-taten die Rede war, gewandt hatte, wendet sich nunmehr das hiesige Kreisamt Oppenheim in folgenden Auslassungen ebenfalls dagegen: „Die in verschiedenen Zeitungen gebrachten Nachrichten über Autoput auf Straßen im Kreis Oppenheim, d. h. Meldungen, nach denen Autos, abgeblendet, mit verdeckten Kennzeichen, maskierten Insassen usw. versucht hätten, Passan-ten in die Autos zu ziehen oder flüchtende Insassen verfolgt hätten und dergleichen, sind nach den Feststellungen der zustän-digen Behörden unrichtig. Es handelt sich um harmlose Voz-gänge, die in unverständlicher Weise von jungen Leuten, die sich anscheinend wichtig machen wollten, aufgebracht oder er-funden wurden. Es sind keinerlei Tatsachen, die Aufregung oder Beunruhigung der Bevölkerung verursachen könnten, er-mittelt worden.“

Aus aller Welt.

□ **Eigenartiger Unglücksfall in Berlin-Grünwald.** Ein seltsamer Unglücksfall ereignete sich auf der Hasenchaus-see zwischen Kaiser-Wilhelm-Turm und Schildhorn bei Berlin. Drei Radfahrer bemerkten plötzlich auf der Chaussee einen großen Hirsch. Das Tier wurde wahrscheinlich durch die Ätzenlaternen der Radfahrer geblendet und sprang in tiefen Schen auf die Radfahrergruppe zu. Das Tier sprang dann in rasendem Tempo nach der Havel hinunter. Der ge-stürzte Radfahrer hatte durch das Gewicht des Tieres eine stark blutende Stößverwundung davongetragen.

Radiochau.

Sendestelle Frankfurt a. M. (Seite 424 6).
Dienstag, den 25. Oktober: 18.30 Uhr: Die Stunde der Jugend: Etwas von Froh und Fröh. (Für Kinder vom 11. Jahre ab); 18.30 Uhr: Konzert des Hausorchesters; Georges Bizet: 17.45 Uhr: Die Vespertunde: Aus der Ge-schichte der Abertönen von Wieland; 18.30 Uhr: Ueber-tragung von Kassel: Die Stunde der Frau; 18.45 Uhr: Uebertragung von Kassel: Chemie in der Nachschöpfung; 19.15 Uhr: Funkhochschule: Altschöne Tafelmalerie; 19.45 Uhr: Funkhochschule: Vermählung von: Vespertunden beim Sport; 20.15 Uhr: Uebertragung aus dem Mannheimer Besprechungsraum: Gesangsconcert; 21.15 Uhr: Uebertra-gung von Kassel: Kammermusikconcert. Anschließend: Schall-plattenconcert. Wunschaabend

Handelsteil.

Frankfurt a. M., 22. Oktober.
— Devisenmarkt. Das Devisengeschäft war heute unverändert.
— Effektenmarkt. Die Tendenz blieb schwach.
— Frankfurter Schlachtviehmarkt. Bezahlt wurde für 50 Rg. Lebendgewicht in Rm.: Rälber: beste Mast- und Sauglälber 78—83, mittlere Mast- und Sauglälber 71—77, geringe Rälber 62—70. Schafe: Mastlammern und jüngere Mastlammern, Weid-mast, 47—50, mittlere Mastlammern, ältere Mastlammern und gut genährte Schafe 40—46, fleischige Schafschö 32—39, geringe genährte Schafschö 26—30. Auftrieb: 677 Rälber, 888 Schafe, 283 Schweine. Marktverlauf: Rälber und Schafe ruhig, ausverkauft, Schweine wurden des schwachen Auftriebs wegen nicht notiert.



Der Vater Erbe
Einem der niedrigsten und gewöhnlichsten Triebe des Menschen ist die Habgucht. Wer ihr verfallen ist, den läßt sie nicht mehr los, und selbst der Weg auch durch die Tiefen des Verbrechens gehen. Die Umgebung solcher Menschen wird um Haß und Eut und Ehre gebracht, wenn sie sich nicht zu schätzen vermag. Dies ist der Kern des Themas des neuen Romans von Otto Elfert, den wir unter dem Titel „Der Vater Erbe“ zu veröffentlichen beginnen. Der Verwalter Böhmert lauert seit Jahren auf eine glän-zige Gelegenheit, das stolze Bestium der Familie von Rudow an sich zu reißen. Endlich kommt ihm das Geschick zu Hilfe. Es gelingt ihm, den geschäftsunfähigen Herrn von Rudow nach dem Tode seiner Gattin in jeder Weise zu betrügen und hinter das Licht zu führen. Der älteste Sohn hat wegen unehrenhafter Geschäften ins Ausland fliehen müssen. Die Tochter vermag den Betrüger nicht zu ent-larven, obwohl ein junger Verwalter, dem sie in Liebe verbunden ist, sich bemüht, ihr väterliches Gut zu retten. Der verbrecherische Verwalter hebt zum letzten Schläge aus und glaubt sich schon am Ziele, glaubt, daß er die recht-mäßigen Besitzer schon von Haus und Hof vertrieben habe. Jedoch das Reh, das er mit Lüge und Betrug wob, beginnt nun ihn selbst zu verstricken. Die Gerechtigkeit will sich Geltung verschaffen. Da beginnen sich allmählich die wirren Fäden der Handlung zu lösen. Der Dichter hat es verstanden, diese Ereignisse in äußerst spannender Weise dar-zustellen. Mit zwingender, schöner Sprache fordert er vom Leser die wärmste Anteilnahme für die handelnden Per-sonen. Er zeigt sie mit ihren Schwächen und auch mit ihren Vorzügen. Gerade dadurch erhält dies Werk eine besondere Bedeutung, denn durch seine Lebensähnlichkeit läßt es in jedem verwandte Seiten mit sich reden.

Schriftleitung und Verlag.

Schlusssdienst.

Fliegerduell auf dem Tempelhofer Flugplatz.

— Berlin, 24. Oktober. Die beiden Kunstflieger Doret und Hieseler sind am Sonntag morgen gegen 11 Uhr auf dem Flugplatz Tempelhof gelandet, so daß das angekündigte Duell der beiden Flieger pünktlich am Sonntag nachmittag stattfinden konnte.

Die Eisenhüttenleute beim Reichspräsidenten.

— Berlin, 24. Oktober. Reichspräsident v. Hindenburg empfing eine Vertretung des zur Zeit hier tagenden Vereins Deutscher Eisenhüttenleute, darunter die Herren Dr. Bögl, Dr. Krupp v. Bohlen und Halbach, Dr. Hermann Köhling und Dr. Fritz Thysen. Der Reichspräsident ließ sich von den einzelnen Herren über die Beratungen der Hauptversammlung des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute und über die damit in Verbindung stehende Werkstofftagung Bericht erstatten.

Die Industrie zur Besoldungsverbesserung.

— Berlin, 24. Oktober. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat in seiner letzten Vorstandssitzung die großen schwebenden wirtschaftlichen Fragen erörtert und dabei auch zu der Besoldungsverbesserung der Beamten Stellung genommen. Der Reichsverband verkennt nicht, wie es in einer einstimmig gefaßten Entschließung heißt, die staatspolitische Notwendigkeit einer durchaus angemessenen Besoldung der gesamten Beamtenenschaft, das erst jüngst bekannt gewordene Gesamtmaß der durch die Realisationsvor-

sage bedingten Aufwendungen gebe jedoch vom Standpunkte der gesamten Volkswirtschaft zu den größten Bedenken Anlaß, weil die etatsmäßige Deckung ohne schwere Erschütterungen nicht möglich erscheine. Der Wunsch der Reichsregierung, Preisverhörungen vermeiden zu sehen, könne nur erfüllt werden, falls die durch eine Besoldungsreform entstehenden Ausgaben ohne Erhöhung der Steuern, Abgaben und Tarife in Reich, Ländern und Gemeinden gedeckt werden können. Dies lasse sich nur im Wege einer durchgreifenden Verwaltungsreform erreichen, die endlich mit Nachdruck in Angriff zu nehmen wäre.

Die Schifffahrt durch Nebel lahmgelegt.

— Hamburg, 24. Oktober. Infolge starken Nebels ist die Schifffahrt auf der Elbe und in der Mündung fast gänzlich lahmgelegt worden. Das Verhören der Seeschiffe wurde eingestellt. Der Fährverkehr ist gleichfalls sehr in Mitleidenschaft gezogen.

Das Urteil der Berufungsinstanz im Prozeß Kaufmann.

— Dresden, 24. Oktober. In der Berufungsverhandlung gegen den Großindustriellen Dr. h. c. W. Kaufmann, der am 20. Mai vom Schöffengericht wegen Konkursvergehens zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden war, wurde das erstinstanzliche Urteil von dem Landgericht Dresden in bezug auf das Strafmaß dahingehend abgeändert, daß der Angeklagte wegen Konkursvergehens nach Paragraph 240 der Konkursordnung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wird. Dr. h. c. W. Kaufmann will gegen das Urteil Revision anmelden.

Beisehung des Ministerpräsidenten a. D. v. Knilling.

— München, 24. Oktober. Unter außerordentlich großer Beteiligung von Leidtragenden erfolgte Sonntag nachmittag auf dem Ostfriedhof die Beerdigung des früheren bayerischen Ministerpräsidenten Dr. von Knilling. Unter den zahlreichen Kranzspendern befand sich auch eine solche des Reichsministers und der Reichsregierung.

Ernennung eines russischen Geschäftsträgers in Paris.

— Moskau, 24. Oktober. Der ehemalige Votschaftsrat an der Sowjetbotschaft in Tokio, Besselowski, wurde zum Votschaftsrat in Paris ernannt. Er wird dort bis zur Ankunft Dwigalewits als Geschäftsträger fungieren.

Votschafter von Hoesch bei Minister Bräund.

— Paris, 24. Oktober. Der deutsche Votschafter von Hoesch hatte eine Unterredung mit Minister des Äußeren, Bräund. Es wurden eine Reihe laufender Fragen besprochen.

Zusammenstoß auf der New Yorker Untergrundbahn.

— New York, 24. Oktober. Auf der Broadway-Untergrundbahn fuhr während des lebhaftesten Verkehrs ein vollbesetzter, südwärts fahrender Expresszug infolge Versagens der Bremsen in einen haltenden, ebenfalls voll besetzten Zug. Zwei Personen des letzten Wagens wurden schwer, etwa 24 Personen meist durch Glassplitter leicht verletzt.

Unentgeltlicher Unterrichtskurs

auf

Singer Nähmaschinen

Der für unsere Kundschaft und Reflektanten unentgeltlich stattfindende Unterrichtskurs im Nähen, Stopfen und Sticken auf der Singer-Nähmaschine hat am 20. Oktober 1927 begonnen. Derselbe dauert bis 5. November 1927 von vorm. 9 Uhr bis abends 9 Uhr.



Damen, welche sich noch daran beteiligen wollen, bitten wir ihre Anmeldung im Unterrichtslokal „Hotel Braunschweig“ Luisenstr. 72 gefl. vorzunehmen. 6422

Singer Nähmaschinen Aktiengesellschaft

Bad Homburg Luisenstr. 91/93

Alle Diejenigen,

welche sich durch die „Deutsche Propaganda-Gesellschaft Berlin“ geschädigt fühlen, werden hiermit gebeten, zwecks weiterer Verfolgung der Angelegenheit, sich (möglichst mit Unterlagen), bei unserem Vorstehenden Herrn **Karl Büdel**, Luisenstr. 119-121, zu melden.

6416) **Kaufmännischer Verein**
Der Vorstand.

Freundliche Einladung

zu den nachstehenden

Evangelisations-Vorträgen

von Herrn H. Neumann, Hamburg
in dem Saale Elisabethenstraße 19a
Montag den 24. bis Freitag den 28. Oktober
abends 8.15 Uhr Evangelisations-Vortrag
nachm. 4 Uhr Bibelstunde

Christliche Versammlung
Bad Homburg

6408) Eintritt frei! Jedermann herzlich willkommen!



Paff-
Nähma-
schinen

zum Sticken und Stopfen

liefert auf Wunsch ohne Anzahlung mit 2 Mk. Raten

M. Ebel, Lindenstr. 12 6383

la gelbe Speisefartoffeln

Hühner- und Taubenfutter, Weizen, Gerste, Perlmalz, Malzmehl, Zerkorn, Zerkorn, Vollmehl, Kleie u. Schalen, jedes Quantum frei Haus empfiehlt

Jean Koller,
Ferdinandsanlage 21
Telefon 333 (6411)

Dankagung

Jedem der an **Rheumatismus** **Schias** oder **Sicht**

leidet, teile ich gern kostenfrei mit, was mich schnell und billig kurierte. 10 Pf. für Rückporto erwünscht.

G. Parschal,
Schleusenmeister,
Oranienburg,
Lehnitzer Schleuse 547.

Mk. 44000.-

aus Verkauf auch gefällig an reelle Zinszahler zu verg. en. 6-7 Proz. Näheres **B. M. T. 4670 Ala-Grankfurt a. M.** (6421)

Gummi- und Stoff-Beibinden

Garan tie für guten Sitz in allen Preislagen. Lieferant sämtlicher Krankenkassen. **Forsellen-Spezial-**

6470 aben!

Lichtspielhaus

Luisenstr. 89

Luisenstr. 89

Ab Mittwoch täglich nachmittags 4 Uhr und abends 8 30 Uhr

Der Weltkrieg

Ein historischer Film nach dem amtlichen Material aus den Kriegsarchiven verschiedener Länder.

Historisch nennt sich dieses Dokument, daß in zwei Teilen das gewaltige Geschehen unserer Zeit zusammenfaßt, und uns, die es mit erleben, als eine **ernste Erinnerung**, kommenden Generationen aber als ein **drohendes Denkmal** vor Augen führt.

Es ist ein Film ohne politische Tendenz, man müßte Vernunftpolitiker sein, um sie aus Zweifeln zu erlösen. Lediglich das historische Geschehen wird gezeigt und erklärt. Im ersten Teil die Entstehungsgeschichte des Völkerringens und des Krieges bis Anfang 1915. Der zweite Teil des Volkes Not, schildert die Jahre des Ausdauerens und des Volkes Schicksal, den Zusammenbruch und den Wiederaufbau.

Es ist ein Film ohne Schauspieler, die Darsteller sind wir alle, die wir einstens in der Front mitkämpften.

Wie ein Traum liegt alles hinter uns, aber vergessen werden wir es nie und wir sind stark genug, Bilder aus jenen Jahren zu sehen.

Ja, es wird niemanden geben, der sie sich nicht ansehen wird.

Jeder hat an diesem Film teil, jeder!

Wer interessieren nicht die Originalaufnahmen des schrecklichen Völkermordens, Europa marschiert, Rußland, Frankreich, England, Österreich, Deutschland usw., im Westen und Osten Siegesbrausen, die Schlachtenwende, Rückzug von der Warne, der Wettlauf zum Meer, in Flandern reitet der Tod, die Kämpfe um Ypern, Rußland, Galizien, Italien usw.

Alles Originalaufnahmen aus der Front während des Weltkrieges.

Noch nie hat seit Bestehen der Kinematographie der Film seine historische Treue so eindringlich bewiesen.

„Die neueste Ufa-Wochenschau“ und

„Das Beiprogramm“

6423

Es finden täglich, auch nachmittags 4 Uhr, **Jugendvorstellungen** zu ermäßigten Preisen statt. — Musikalische Illustration Kapellmeister **Chr. Sillenberger**.

Alle Vergünstigungen aufgehoben! Freikarten haben keine Gültigkeit!

Öffentl. Versammlung

Am **Mittwoch**, den 26. Oktober, abends 8 Uhr im Gasthaus „Zur Neuen Brücke“ (Kappus). Es spricht der bekannte Volksredner der Friedensbewegung **Wierbischer-Berlin** über **Krieg in Sicht, was können wir tun?**

Eintritt 20 Pfg. Freie Aussprache. **Die Deutsche Friedensgesellschaft.**

Kaufe jedes Quantum gepflückte **Tafeläpfel** und **Schafsnase** zu den höchsten Tagespreisen.

Ferdinand Brod 6400) Wallstraße 30 Ecke Elisabethenstr. Tel. 776